

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Referendum gegen die AHV ergriffen

-an- Nicht weil sie gegen die Idee der Alters- und Hinterbliebenenversicherung wären... (wer würde offen sagen dürfen, dass er das sei und dass er die Idee verdamme!), sondern um festzustellen, wie das Volk sich zur nunmehr endgültig bereinigten Vorlage, die das Parlament als möglich erachtet, stellen werde, haben die Herren, die als *Mitglieder des Referendumskomitees* zeichnen, die Initiative ergriffen. So harmlos und gutwillig tönt diese Formulierung, und so wenig von der Feindseligkeit ist darin zu verspüren, verglichen mit dem, was wir in bestimmten Blättern und an allen Plakatsäulen lesen werden, wenn einmal die nötigen Unterschriften beisammen sind und der Bundesrat den Abstimmungstermin bestimmt hat...!

Ob die Schlagworte, die man für den grossen Meinungskampf erfindet und als Propaganda-Parolen ausgibt, alsdann auch als Ansicht des Volkes ausgegeben werden? Ob man in Leitartikeln, in Komitee-Diskussionen, in den Beratungen der Zirkel, welche den Plakat Künstlern ihre Aufträge skizzieren, ängstlich das eigene Gewissen erforschen und sich bemühen wird, ganz genau das zu verkünden, was die «unzweifelhafte Meinung des Volkes» ist? Oder ob es nicht zugehen wird wie immer? Dass man nämlich *nicht die «Volksmeinung», sondern einen ganzen Haufen landläufiger Meinungen und Vorurteile, Instinkte und Eigensüchte wecken und mobilisieren* wird, die immer und überall spielen, die an sich gar nichts mit der Vorlage zu schaffen haben? Man kennt diese «Meinungen» und Instinkte und weiss längst, dass der Appell an sie durchgängig Abstimmungskämpfe und Wahlgänge beeinflusst und oft genug verfälscht. Alles, was etwas einbringt, lässt sich auf diesem Wege diskreditieren. *Die Weisheit des Gesetzgebers scheint oft darin zu gipfeln, eine Minderheit durch eine Mehrheit zum Bezahlen zu zwingen, eine Minderheit nach der andern durch eine immer anders gruppierte Mehrheit, bis schliesslich alle zahlen müssen.* Wird diese Weisheit nicht befolgt, will man einmal die Mehrheit schröpfen, schickt diese Mehrheit eine Vorlage bachab...

Darin nun sehen wir die grosse Gefahr für die AHV. Es wird «zu viele geben, die bezahlen müssen»; am Ende macht man auch noch eine ganze Menge jener Arbeiter kopfscheu, die sich so selbstverständlich der Ordnung der Wehrmannsausgleichskasse gefügt und die Abzüge an ihren Löhnen auf sich genommen haben. Die Parteien, welche sich für das grosse Werk eingesetzt haben und entschlossen sind, es dem Volke zur Annahme zu empfehlen, werden gut daran tun, sich geistig beizeiten auf den Kampf zu rüsten. Diesmal wie nie sonst wird die Entscheidung nicht durch die Plakatsäulenparolen, sondern durch die Lebendigkeit der Organisationen entschieden werden, die mit ihren Mitgliedern für die Sache eintreten. Die «lebendige Demokratie» wird gegen gewisse Interessengruppen und ihren Anhang, ebenso die or-

ganisationsmässig nicht gebundenen «fluktierenden Schichten», stehen.

Spitzbergen...

Das «Müsterchen Spitzbergen» zeigt die spezifisch russische Methode des Verhandeln mit Schwächern. Schon in der Dardanellenfrage wurde diese Methode probiert, versagte jedoch infolge des total steifen türkischen Widerstandes. Ob sie mehr Erfolg im Spitzbergenhandel erzielen wird, hängt noch von verschiedenen Umständen ab. Wie geht Moskau vor? Der «Kleine» wird eingeladen, vertraulich über die Fragen zu verhandeln, die im gemeinsamen Interesse liegen. Natürlich wird ihn niemand dazu zwingen, und am Verhandlungstische soll er nicht majorisiert werden. Wenn immer möglich, wünscht der Krenl eine Uebereinkunft, die beide Teile zufriedenstellt. Nachher sollen die andern ebenfalls interessierten Mächte eingeladen werden. Aber man tritt ihnen mit einem fertigen Projekte der «Zunächstinteressierten» gegenüber.

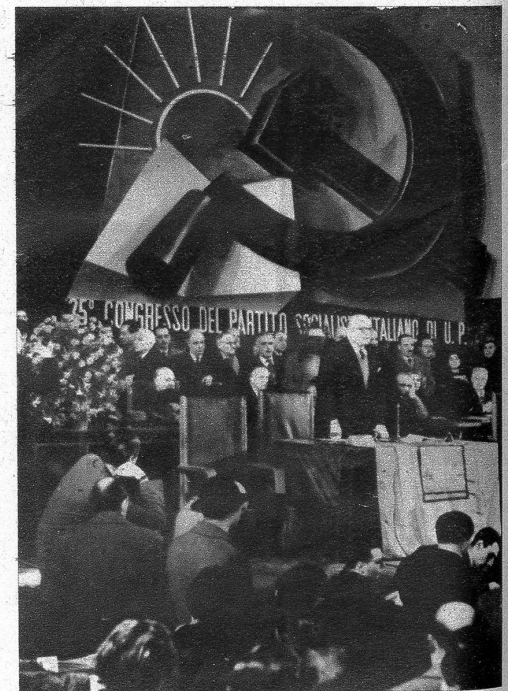
In der Dardanellenfrage ging man so vor: Man versuchte, die Türken durch Freundlichkeiten und Drohungen so weit zu bringen, dass sie begriffen, welche Vorteile eine gemeinsame Verteidigung der Meerengen durch Russland und die Türkei, welchen sich dann die übrigen Uferstaaten des Schwarzen Meeres und der Aegäis anschlossen, böte. Fanden die Türken das gleiche, schloss man ein Abkommen. Nachher wurden die *Signatarmächte der Konvention von Montreux* eingeladen. Man präsentierte ihnen das neue Abkommen der «Uferstaaten», die unter sich einig geworden, und England, Frankreich und USA konnten dazu Ja und Amen sagen. Bekanntlich boten aber die Türken auch nicht den kleinen Finger und zeigten sich weit eher willig, mit den Westmächten ein solches «Vorausabkommen» zu schliessen. *Weshalb die Russen denn auch beständig nach getarnten amerikanischen Flugfeldern und andern Stützpunkten auf türkischem Boden fahnden.*

In Spitzbergen scheint es nun ein wenig anders zugegangen zu sein. Die Welt vernahm eines schönen Morgens, *Norwegen sei mit Moskau einig geworden, dass russische Stützpunkte auf diesen kohlenreichen Inseln errichtet würden.* Die darauf folgende Kontroverse liess erkennen, dass USA und England ein solches Uebereinkommen nicht einfach hinnehmen würden, aus dem einfachen Grunde, weil es einen internationalen Vertrag über die Rechte in dieser Gegend gibt, welchen auch Russland unterzeichnet hat und demzufolge nicht einfach beiseite schieben darf. Die russische Antwort lautet recht konziliant: «Aber selbstverständlich wollen wir diesen Vertrag nicht beiseite schieben oder irgendwelche Rechte anderer verletzen.» Mit andern Worten: Moskau hat sich nur für die Revisionsverhandlungen, die damit notwendig werden, nur eine bessere Ausgangsbasis verschafft, indem es sich zum voraus mit Norwegen verständigte.

In London und Washington ist man natürlich neugierig, weshalb sich die Norweger so bereitwillig für ein solches «Vorausabkom-

men» gewinnen liessen und nicht gleich den Türken Nein sagten. Des Rätsels Lösung sucht man in der Zwangslage Norwegens A nno 1944/45, als die Russen in Finnmarken standen und wahrscheinlich Bedingungen für ihren raschen Abzug stellten. Damals scheinen sie bereits die Erlaubnis zur Errichtung jener Stützpunkte eingehandelt zu haben.

Warum sich USA und England einigermassen über die russischen Pläne aufregen, überrascht keinen, der *die Möglichkeiten künftiger Kriegshandlungen in der Polarregion* in Betracht zieht. Noch vor einem Menschenalter gab es solche Möglichkeiten nicht. Das ewige Eis trennte Sibirien und Nordrussland hermetisch von Alaska, Nordkanada und Grönland. In wenigen Jahrzehnten aber wird die Flugtechnik so weit sein, dass es zwischen der Behringstrasse und dem Nordkap so etwas wie eine verwundbare Nordflanke Russlands, aber eine ebenso verwundbare Nordflanke Amerikas gibt. Die Luftflotten können von der einen wie von der andern Seite vordringen und den Gegner überfallen. Die grossen sibirischen Städte und ebenso Moskau und Leningrad liegen dem Polarkreis näher als die kanadischen und USA-Zentren. Eine Preisfrage für prophetische Militärs mag es sein, ob infolgedessen die Russen oder die Angelsachsen mehr gefährdet oder bevorteilt wären, falls je ein solcher «Polarkrieg» ausbrechen sollte.



Der soeben in Rom zu Ende gegangene 25. sozialistische Parteikongress, der im Zeichen der Spaltung der Partei stand, wurde vom italienischen Volk mit Leidenschaft, von der gesamten Welt mit grösstem Interesse verfolgt. Die unmittelbare Folge des Abfalls des rechten Flügels der Partei unter Saragat dürfte den Rücktritt Aussenminister Nenni aus der Regierung bewirkt haben. Pietro Nenni hat den Posten eines Direktors des Parteiorgans «Avanti» übernommen. — *Unser Bild zeigt Olindo Vernocchi, den Präsidenten des Parteitages, während einer Ansprache. An der Saalwand die Parteiembleme, Sichel und Hammer, zu denen noch eine Sonne hinzugekommen ist.* (Photopress)



Die ersten Schritte des französischen Staatspräsidenten

Der erste sozialistische Staatspräsident Frankreichs, der im 63. Altersjahr stehende Präsident der Nationalversammlung, Vincent Auriol, verlässt nach seiner Wahl durch das Spalier der Ehrengarde das Schloss von Versailles. Der neue Präsident war sofort nach seiner Ernennung zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt worden. — Unser Bild: Vincent Auriol beim Verlassen des Schlosses von Versailles. Hinter ihm erkennt man Léon Blum, der Auriol sofort seine Demission einreichte.

Jedenfalls versuchen die Russen, ein Gegengewicht zu den weiterbestehenden amerikanischen Flugstützpunkten auf Island und Grönland zu bekommen. Das gehört in die Reihe aller unbekannt gebliebenen und bekannt gewordenen Massnahmen zur Erschliessung der Tundra, Nowaja Semljas und der sibirischen Nordostregion, die Alaska gegenüberliegt und ihre Befestigungen erhalten hat.

Der Friedensvertrag für Italien, welcher zum Wochenanfang von der Konferenz der «Aussenminister-Stellvertreter» bekanntgegeben wurde, nimmt sich als sehr sekundäres Geschäft aus, wenn man überlegt, welche ungeheure Gebiete mit der «militarisierten Polarregion» unter die kommenden «Grossgefahrenzonen» gerechnet werden müssen. Europa, mehr oder weniger «befriedet» oder aber mehr oder weniger unzufrieden, zerrissen und unterdrückt, stellt ja nur noch eine der Fronten vor, an welchen die vermuteten Gegner der nächsten Weltkatastrophe einander gegenüber stünden. Eine zweite, dritte und vierte verlief durch den nördlichen Pazifik, durch die mongolische Wüste, durch Iran und Afghanistan, und alle wären ungeheuer ausgedehnt...

Man muss sich immerhin ein Bild machen, welches Diktat nun auf Italien lastet und ihm das Gefühl des Unterdrücktseins und die Hoffnung einflössen könnte, im trüben einer spätern Katastrophe fischen und Revanche nehmen zu können. Italien soll auf alle afrikanischen Kolonien, auf den Dodekanes, auf die Giulia Venezia westlich des Isonzo, auf gewisse Grenzstriche in den Westalpen verzichten, soll die Unabhängigkeit Albanien und Abessinien feierlich anerkennen und nichts behalten dürfen als das österreichische Südtirol. Zur nationalen Demütigung gehören die zu leistenden Kriegsschädigungen und das Verbot, mehr als die erlaubte Zahl von Soldaten und mehr als gewisse Kategorien von Waffen zu besitzen. Sowjetrussland soll 100 Millionen Dollars — immerhin nicht mehr als ein eidgenössisches Normal-Militär-Jahresbudget — bekommen. In den ersten zwei Jahren darf die Jahresquote nicht der laufenden Produktion entnommen werden.

Nachher sollen die Russen die Rohstoffe für die Waren liefern, welche Italien auf Reparationskonto herstellt. Eine erträgliche Leistung, dank dieser Regelung, will einem scheinen. Mehr erhalten die Jugoslawen: 125 Millionen, die Griechen 105, Abessinien 25 und Albanien 5 Millionen. Die Westmächte verzichten anscheinend auf jederlei materielle Leistung des schwer heimgesuchten Landes. De Gasperi hat aus USA die Zusicherung heimgebracht, einen ersten Kredit von 100 Millionen Dollars zu erhalten. Für den «Wetterdruck», den die Parteien der Halbinsel verspüren werden, sind diese Zahlen äusserst aufschlussreich. Das ganze Volk wird mehr oder weniger bewusst registrieren: Von den Angelsachsen erhält man Kredite und Waren, den Slaven und Griechen soll man sie liefern, ohne etwas dafür zu bekommen. De Gasperi scheint mit einem fertigen Programm für die Innenpolitik heimgekommen zu sein: Die Kommunisten sollen Zugeständnisse machen oder aus der Regierungskoalition hinausgedrängt werden. Pietro Nenni, Chef der um den rechten Flügel Saragats geschwächten, den Kommunisten benachbarten Sozialisten, hat das Amt des Aussenministers niedergelegt und damit die Ministerkrise offiziell eröffnet. Man scheint sich einer «Regierung der Mitte», einer «kleinern Koalition» der Rechtssozialisten, Christlichen und Republikaner, zu nähern.

Die Entwaffnungsbestimmungen aber werden auch diese kleine Koalition dem Druck eines empörten Rechts-Nationalismus ausliefern: Italien soll, alle Grenzwächter eingerechnet, nur noch 185 000 Soldaten haben, dazu nur Geschütze, die höchstens 30 km weit schiessen, keine menschlichen Torpedos, keine mechanisch funktionierenden Minen oder ferngesteuerte und selbstgetriebene Geschosse, keine Atomwaffen, keine Versuchslaboratorien auf diesem Gebiete, und an Kriegsschiffen gerade noch zwei einzige Schlachtschiffe, vier Kreuzer, vier Zerstörer, 16 Torpedoboote besitzen, ganz kleine Einheiten ausgenommen. Jeder Offizier und Unteroffizier, jeder patriotisch fühlende Soldat wird finden, das italienische Vaterland sei gedemütigt, und jeder wird Volksvertreter

wählen helfen, die versprechen, solche Schmach beseitigen zu helfen. Schicksal!

Die Verträge für die vier Kleinen bergen ähnliche Zukunftsgefahren in sich. Rumänien darf zwar nur 120 000 Mann, Bulgarien gerade noch 55 000, Ungarn 85 000, Finnland 34 000 Mann unter Waffen halten, zuzüglich kleine Marine- und Luftwaffenbestände. An Materialwerten fordert Russland von Rumänien 8 Jahre lang je 38 Millionen Dollars, zusammen 300, von Ungarn insgesamt 200 Millionen, von Bulgarien nichts, von Finnland innert 8 Jahren insgesamt 34 Millionen Dollars. Ungarn hat darüber hinaus an Tschechen und Jugoslawen zusammen weitere 100 Millionen, Bulgarien 45 an Griechenland und 25 an Jugoslawen zu bezahlen. Das sind samt und sonders Zahlen, die «an sich gross», aber gemessen an den jährlichen Kriegsaufwendungen auch dieser Kleinen nahezu lächerlich erscheinen. Rein buchhalterisch gesehen, spart jeder die geschuldeten Annuitäten sogar mehrfach ein durch den Verzicht auf die verbotenen Militärausgaben. Gäbe es nur diese «rein buchhalterische» Weisheit, gäbe es keine empfindlichen Volkskreise, die sich in drei Teufels Namen «national entwürdigt» und wehrpolitisch machtlos fühlen wollen, die Regelung müsste den betroffenen Völkern direkt ideal vorkommen.

Dass sich die «balkandemokratisch» regierten Nationen des Südostens aber nicht so leicht in die neue Ordnung, zu welcher natürlich die Friedensverträge gehören werden, fügen, bewies die grosse Verschwörung-affäre in Ungarn. Wie weit sie um sich ge-griffen, ist nicht zu sagen. Doch scheinen Sozialisten und Kommunisten die Gelegenheit zu nutzen, um die Mehrheitspartei der «Kleinen Landwirte» zu dezimieren und um die «Adligen und Betrüger», wie sie sagen, zu kürzen. Die Häupter des Putschversuches scheinen zur Hauptsache in dieser von allen Rechtskreisen verstärkten christlichen Sammel-partei zu sitzen. Der Kampf zwischen ihr und der Linken gleicht fast aufs Haar der polnischen Konstellation, nur dass hier die Linke von Anfang an das Steuer führte.

Mikolajczyk verlangt, wie man vorausgesehen, die Annullierung der polnischen Wahlen, die für die Regierungsparteien überwältigend siegreich ausgefallen. Er ist überzeugt, dass seine, die Bauernpartei, ebenso überwältigend gesiegt haben würde, hätten nur ihre, statt der Regierungsbeobachter die Wahlhandlung kontrolliert. Natürlich protestiert die Regierung. Wer Polen kennt, wünscht ihm wenigstens für die Anfänge seiner neuen Existenz eine entschlossene Führung, genau wie man den vier Satelliten Regierungen wünscht, die entschlossen für die Erfüllung der Friedensverträge eintreten. Sind all diese Länder einst politisch reifer, kann auch ihnen ein «parlamentarisches Regime», wie es Frankreich, England und wir kennen, frommen und dann auch heilsamer sein, als es das heute wäre.

Frankreich hat seinen neuen Staatspräsidenten, den Mr. Vincent Auriol, für acht Jahre, und der Sieger, ein alter, verdienter Sozialist der Blumschen Richtung, versucht es mit dem designierten Parteigenossen Ramadier als Premier. Wird der das Koalitionskabinett zusammenbringen? Wird es, wie Mr. Blum in den paar Wochen, regieren und die Wege weitergehen, die er bezeichnet hat — den nicht demokratischen Völkern weiter östlich zum Vorbilde?